

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 73 (1979)
Heft: 12

Artikel: Der Arbeitskonflikt in Sarnen : Interview mit Karl Gruber
Autor: Gruber, Karl
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142809>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Arbeitskonflikt in Sarnen

Interview mit Karl Gruber

NW: Am 23. November ist in der Kristallglasfabrik Carl Haefeli AG in Sarnen der laut LNN «aufsehenerregendste Arbeitskonflikt dieses Jahres» beigelegt worden. Karl Gruber, als Zentralsekretär des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes (CMV) hast Du den Streikenden mit einem risikoreichen Einsatz zur Seite gestanden. Wie ist es zu diesem Streik gekommen?

Gruber: Die Arbeitnehmer dieses Betriebs haben jahrelang unzumutbare Arbeits- und Sozialbedingungen auf sich nehmen müssen. Zum Beispiel hat ihnen der Arbeitgeber nach Einbruch der Rezession gleichzeitig den Lohn und die Arbeitszeit gekürzt, und zwar ohne irgendeine Kompensation, ja ohne auch nur dem kantonalen Arbeitsamt diese Kurzarbeit zu melden. Vielen Arbeitnehmern wurden nicht einmal die Ueberstunden bezahlt. Die Belegschaft sah sich eines schönen Tages um den Teuerungsausgleich mehrerer Jahre geprellt. Hinzu kam ein «Führungsstil», der sich in Täuschungsmanövern und Ueberrumpelungsversuchen ausdrückte. Das alles hat die Arbeitnehmer bewogen, mit dem CMV Kontakt aufzunehmen.

Seit Anfang 1979 haben mehrere Verhandlungsrunden mit dem Arbeitgeber stattgefunden. Doch dieser hat sich uns gegenüber stets ablehnend verhalten und Aussagen gemacht wie: «Nur über meine Leiche kommt ein Gesamtarbeitsvertrag zustande.» Wir sind dann an das Einigungsamt des Kantons Obwalden gelangt, das allerdings eine Stellungnahme zur Frage des Gesamtarbeitsvertrags vertagte. Immerhin wurde vereinbart, daß eine Belegschaftsdelegation die kollektive Interessenvertretung übernehmen sollte. Doch einmal mehr wurde manipuliert, um unliebsame Arbeitnehmer auszuschalten. Schließlich entließ Carl Haefeli zwei aktive Gewerkschafter, die sich u. a. mit einer Unterschriftensammlung für die demokratische Wahl der Belegschafts-Delegation eingesetzt hatten.

Diese Zumutungen haben schrittweise zum Streik geführt, weil die Ausschöpfung aller andern Mittel den Arbeitnehmern nicht ein Mindestmaß von Gerechtigkeit zu bringen vermochte.

NW: Wie hat der Arbeitgeber auf den Streik reagiert?

Gruber: Zunächst versuchte er, die Streikenden durch die Drohung mit fristlosen Entlassungen und Schadenersatzforderungen einzuschüchtern. Als diese Drohung nichts fruchtete, entließ er tatsächlich alle 35 Streikenden fristlos am dritten Streiktag, unmittel-

bar vor «Verhandlungen» mit der Streikdelegation.

NW: Welche Zusicherungen des Arbeitgebers haben Dich und Deine Kollegen bewogen, den Streik zu beenden?

Gruber: Die Zusicherungen des Arbeitgebers entsprachen vollumfänglich den Forderungen der Streikenden. Er hat alle Entlassungen widerrufen, an Ort und Stelle einen Vorvertrag zu einem Gesamtarbeitsvertrag mit dem CMV unterzeichnet und auch in den folgenden fünf Punkten nachgegeben, die schon vor dem Einigungsamt zur Diskussion standen: Mindestlohngarantie, Ferienverlängerung auf dreieinhalb und vier Wochen, Schaffung einer Betriebskommission, Einführung einer Weihnachtsgratifikation und Einrichtung einer Pensionskasse.

Landsgemeindekanton mit rebellischer Ueberlieferung

NW: Einen derartigen Streik im «ruhigen Obwaldnerland», das nicht einmal eine politische Linke kennt, hat es noch nie gegeben. Was im Fall Haefeli aber vor allem überrascht, ist die Sympathie, die den Streikenden von einer als «konservativ-bürgerlich» geltenden Bevölkerung entgegengebracht wurde. Wie erklärst Du Dir diese positive «Tendenzwende»?

Gruber: Sicher hat eine Solidarisierung stattgefunden, weil die Streikenden sehr geradlinig ihre Anliegen darzustellen wußten. Mit dem Ausstand vermochte sich ein großer Teil der Bevölkerung umso leichter zu identifizieren, als die Streikenden auf konkrete, jedermann einsichtige Mißstände hinweisen konnten. Dazu kommt, daß auch in Obwalden unter der stillen Oberfläche Kräfte da sind, die man mit «konservativ-bürgerlich» nicht befriedigend umschreiben kann — Kräfte, die eben auch auf Erneuerung warten und nach Gerechtigkeit verlangen.

NW: Daß solche Kräfte vorhanden sind, folgt doch fast zwingend aus der ökonomischen Situation eines Kantons, der das zweitniedrigste Pro-Kopf-Einkommen der Schweiz aufweist.

Gruber: Es mag sein, daß diese Situation die Solidarität der Bevölkerung mit den Streikenden gefördert hat. Sicher hat aber ein Reflex gespielt, der gerade in ländlichen Gebieten zu solchen Reaktionen führen kann, nämlich der Reflex einer Bevölkerung, welche die Idee einer freiheitlichen Rebellion zu ihrer geschichtlichen Ueberlieferung zählt.

NW: War es die Angst vor dieser Tradition, die den Obwaldner Regierungsrat veranlaßte, Carl Haefeli gegenüber die Sache der Streikenden zu vertreten?

Gruber: Wenn 500 Personen an einer Kundgebung für die Strei-

kenden teilnehmen, wie das am 21. November in Sarnen der Fall war, ist die Regierung eines kleinen Landsgemeindekantons zum Handeln gezwungen. Sie muß auf die direkte Demokratie Rücksicht nehmen, die nächste Landsgemeinde kommt bestimmt. Zudem kann dieser Regierung das Schicksal von fast hundert Arbeitnehmern und ihren Familien in einer industriearmen Region nicht gleichgültig sein.

Kämpferisches Christsein

NW: Du bist Vertreter einer Gewerkschaft, die sich «christlich» nennt. Wie hast Du Dich als Christ in diesem Arbeitskampf erfahren?

Gruber: Sicher kann ich mich in einem kämpferischen Christsein wiedererkennen. Im Fall Haefeli hatte ich immer die Devise des katholischen Sozialethikers Oswald von Nell-Breuning vor Augen, daß in solchen Extremsituationen «unbedingte Friedenswilligkeit keine Tugend, sondern ein Versagen» sei, da hier der «Arbeitskampf» eine «nicht zu umgehende Pflicht» bedeute. Im übrigen stand ich natürlich nicht allein in diesem Kampf. Mein ganzer Einsatz war wesentlich getragen von den Streikenden selbst. Was man in einem solchen Moment erlebt, ist nicht eine individuelle, sondern eine kollektive Erfahrung, die Erfahrung einer Gemeinschaft, die das Recht erkannt hat, sich gegen denjenigen zu wehren, der einen dauernd mit Ungerechtigkeiten konfrontiert. Eine derartige Erfahrung kampfbereiter Solidarität bedeutet für mich eine bleibende Ermutigung, die mir geschenkt wird, ein Ereignis, das auch meinen christlichen Glauben prägt.

«Betriebsunfall» oder Krisenerscheinung?

NW: Wie ist die Tatsache zu beurteilen, daß eine Solidarisierung der übrigen Arbeitgeber mit Carl Haefeli unterblieb? Fehlt es an weiteren Haefelis? Ist der Fall Haefeli wirklich nur ein «Betriebsunfall der Sozialpartnerschaft», wie ein Vertreter der Schweizerischen Arbeitgeberorganisationen meint?

Gruber: Ich habe selber in einer Rede gesagt: «Es gibt noch viele Haefelis.» Ich kenne sie zum Teil aus eigener Erfahrung. Nur haben die Arbeitnehmer nicht überall den gleichen Mut, sich in solchen Extremfällen zu wehren. Was die Arbeitgeber der etablierten Organisationen anlangt, haben sie wahrscheinlich rasch erkannt, daß sich im Fall Haefeli die Streikforderungen nicht so leicht unter den Tisch wischen ließen und daß dieser Streik eine große Popularität gewann, indem sich sehr viele Schweizer über Obwalden hinaus mit den Streikenden identifizierten. Darum, so vermute ich, mußte der Konflikt zu einem «Betriebsunfall» heruntergespielt

werden. Man wollte vermeiden, daß dieses Beispiel in ähnlichen Fällen Schule macht.

NW: Oder daß es als Symptom einer tiefergehenden Systemkrise erscheinen könnte?

Gruber: Mit Sicherheit.

Politische und gewerkschaftliche Konsequenzen

NW: Der Kampf gegen den «Glasvogt von Sarnen» hat Euch einen ersten Erfolg gebracht. Beginnt nun ein ebenso entschiedener Kampf gegen das System, das solche Vögte hervorbringt?

Gruber: Für uns ist es wesentlich, daß nun im politischen Bereich die notwendigen Schlußfolgerungen aus diesem Fall gezogen werden. Eine der Schlußfolgerungen lautet, daß in der Schweiz der Arbeitnehmer gegen Kündigungen völlig ungenügend geschützt ist. Sonst käme es keinem Arbeitgeber mehr in den Sinn, gewerkschaftliche Aktivität mit Kündigung zu bestrafen. Zum andern ist auch das Streikrecht juristisch noch wenig abgesichert. Es ist doch unglaublich, daß in einem hochentwickelten Industrieland Streiks mit fristlosen Entlassungen — ich nenne sie Schafottkündigungen — beantwortet werden. Der CMV hat deshalb an seinem Verbandskongreß vom 27. Oktober 1979 die Vorbereitung einer Volksinitiative zum Schutz der Arbeitnehmer vor ungerechtfertigten Kündigungen beschlossen.

NW: Der Sarner Streik wurde auch von der SPS und vielen ihr nahestehenden Gewerkschaften unterstützt. Siehst Du die Möglichkeit, diese Solidarität durch einen engeren Schulterschuß unter den Arbeitnehmerorganisationen zu festigen?

Gruber: Schon bei früherer Gelegenheit haben wir den Grundsatz vertreten: «Getrennt marschieren — vereint schlagen.» Wir sind darum sehr froh, daß wir von seiten unserer Kollegen, der SPS und auch des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes so viele Solidaritätsadressen und auch eine beachtliche finanzielle Unterstützung erhalten haben. Zweifellos sehen wir uns in der Hoffnung ermutigt, daß es der Arbeitnehmerbewegung in der Schweiz gelingen werde, mit vereinten Kräften eine Rechtsordnung zu schaffen, die diesen Namen auch gegenüber den arbeitenden Menschen wirklich verdient. Nicht zuletzt hoffen wir auf einen engeren Schulterschuß bei der Vorbereitung und Lancierung der erwähnten Kündigungsschutz-Initiative.

Arbeiterselbstverwaltung als Alternative

NW: Zu denken gibt uns die Tatsache, daß Herr Haefeli im nachhinein «die Gewerkschaft verurteilt, welche wegen einer ordnungsgemäßen

Kündigung den Streik organisiert hat». Mit dieser Arroganz dürfte die weitere Tatsache zusammenhängen, daß über die Hälfte der Kollegen, die in den Ausstand getreten sind, nicht mehr in der Sarnen Kristallglasfabrik arbeiten will. Geht es denn nicht ohne Haefelis? Haben nicht die Arbeiter von Süßmuth (BRD) bewiesen, daß eine Glasbläserei auch in Selbstverwaltung existieren kann?

Gruber: Zunächst möchte ich festhalten, daß es unmöglich ist, einen Streik zu «organisieren», der solange und von so vielen Kollegen durchgehalten wird. Einen Streik «organisiert» man nicht, ein Streik entsteht aus einer bestimmten sozialen Situation. Sonst nämlich wären Arbeitnehmer nicht bereit, Risiken auf sich zu nehmen, die der Gewerkschaftsfunktionär nicht eingehen muß.

Auf die zweite Frage kann ich antworten, daß viele Kollegen es in der Tat für unzumutbar halten, weiterhin mit einem Mann zusammenzuarbeiten, der ihr Know how, ihre Arbeitskraft ausgebeutet hat und nicht bereit ist, sie gerecht und menschlich zu behandeln. Eine Uebernahme des Betriebs durch die Arbeitnehmer hängt natürlich immer von der jeweiligen Situation ab. Hätten die Umstände Carl Haefeli gezwungen, das Feld zu räumen, so hätten die Streikenden sich ein solches Modell zweifellos ernsthaft überlegt.

Im übrigen ist schon ein Streik so etwas wie eine Selbstverwaltung, nämlich eine Selbstbestimmung über die eigenen sozialen Bedingungen für jene begrenzte Zeit, in der die Arbeitnehmer kollektiv das soziale Geschehen bestimmen und nicht mehr aufgrund sog. «wirtschaftlicher Sachzwänge» fremdbestimmt werden. Diese Erfahrung setzt unverkennbar ein Signal für die Zukunft.

NW: Läßt sich das System, das Haefelis hervorbringt, anders überwinden als durch eine fundamentale Demokratisierung der Wirtschaft?

Gruber: Wir sind überzeugt, daß diese fundamentale Demokratisierung der Wirtschaft zwingend ist. Wir haben ja auch die Mitbestimmungsinitiative lanciert — und verteidigen sie weiter — als einen Schritt zu mehr Freiheit, zu mehr Möglichkeiten der Arbeitnehmer, die wirtschaftliche Macht in unserem Land zu kontrollieren. Welche weitergehenden Modelle wir in einer fernerer Zukunft vertreten werden, hängt von der Entwicklung ab, vor allem aber von den Zielen, die sich die Arbeitnehmer selber setzen. Sicher werden wir uns in unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit weiterhin am grundsätzlichen Vorrang der Arbeit vor dem Kapital orientieren.

NW: Karl Gruber, im Namen unserer Leser danken wir Dir für die ermutigenden Perspektiven, die Deinen Worten zu entnehmen sind.